



## Kritik an Schäubles Rentenplänen

SPD-Arbeitnehmer  
gegen Arbeit bis 70

Die Duisburger SPD-Arbeitnehmer (AfA) lehnen entschieden die Rentenpläne des Bundesfinanzministers Schäuble ab. „Es ist mir völlig unverständlich“, so AfA-Vorsitzender Rainer Bischoff, „wie der Bundesfinanzminister mit solchen Rentenplänen daher kommen kann. Wie soll jemand zum Beispiel hier in Duisburg, das eine Arbeiterstadt ist, bis 70 Jahre körperlich hart arbeiten, ohne gesundheitlich dabei Schaden zu nehmen, um dann in Rente zu gehen? Was ist dann mit seiner Gesundheit? Hat Herr Schäuble mal darüber nachgedacht, statt seiner schwarzen Null nachzuhecheln?“

Das Gegenmodell des DGB sei „passender und durchdachter“. Danach habe jeder nach 45 Beitragsjahren einen Anspruch auf seine Rente, mit eingerechnet sei dabei „natürlich“ auch die Zeit von Arbeitslosigkeit. „Man sollte vielleicht beim Einstiegsalter in die Rente über Differenzierungen nachdenken. Hierbei ist die Unterscheidung zu machen zwischen Akademikern und Arbeitnehmern in nicht körperlicher Arbeit und Arbeitnehmern, welche einer starken körperlichen Tätigkeit nachgehen“, so Bischoff: Ein „normaler Handwerker“ könne nicht bis ins hohe Alter von 70 Jahren malochen, ohne seine Gesundheit „völlig kaputt“ zu machen.



## Bauarbeitgeber bewegen sich keinen Schritt vorwärts



Dietmar Schäfers, Stellvertretender  
Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Paul  
Schlmweg)

Wiesbaden, 26.04.2016

Nach zweitägigen Verhandlungen ist die dritte Tarifrunde des Bauhauptgewerbes heute verhandelt worden. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die beiden Arbeitgeberverbände Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) sowie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) trennten sich nach harten Diskussionen ohne Ergebnis.

„Trotz eines echten Verhandlungsmarathons konnten wir keine Einigung erzielen. Die Gespräche waren ungewöhnlich zäh. Die Arbeitgeber sind nicht bereit, sich auch nur einen

Schritt vorwärts zu bewegen“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers. „Diese Blockadehaltung macht mich fassungslos. Der Bau boomt wie seit Jahren nicht mehr. Die Branche ist die Lokomotive der deutschen Wirtschaft, aber die Arbeitgeber gönnen den Beschäftigten nichts. Sie sollen kein bisschen von der hervorragenden Baukonjunktur profitieren. Das hat nichts mehr mit Fairness und Wertschätzung zu tun. Am Ende sollen die Bauarbeiter wohl noch ihr eigenes Geld auf die Baustellen mitbringen. So läuft es nicht. Die Welt dreht sich andersherum!“

Nach 19 Stunden intensiver Verhandlungen gab es keine Bewegung der Arbeitgeber bei der Lohnhöhe für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Wie bereits in der zweiten Verhandlungsrunde bleibt es beim Vorschlag von 1,3 Prozent im Westen und zwei Prozent im Osten. Die IG BAU-Forderungen nach Übernahme der Fahrt- und Übernachtungskosten im Rahmen der Ausbildung, der Wiedereinführung des Mindestlohns II im Osten und bezahlte arbeitsfreie Tage an Heiligabend und Silvester für Bauarbeiter wiesen die Arbeitgeber zurück. Über die Erhöhung der Auszubildendenentgelte wollen sie erst nach der Lohnfindung sprechen.

Ein Schwerpunkt der Diskussion lag auf dem Thema Bereitstellung der Unterkünfte und der Verpflegungspauschale für weit entfernte Baustellen. Die Vorstellungen der Arbeitgeber sind dabei aber noch weit von denen der IG BAU entfernt. Statt der geforderten Tagespauschale von 34,50 Euro für die Verpflegung, bieten sie lediglich 24 Euro an. Zudem wollen sie einen Tarifabschluss für 24 Monate. Nach dem unveränderten Angebot für die ersten zwölf Monate, bieten sie für das darauf folgende zweite Jahr ein Plus von 1,8 Prozent im Westen und 2,5 Prozent im Osten an.

„Solche Vorschläge sind eine Zumutung. Anerkennung der knüppelhaften Leistung der Beschäftigten geht anders. Auf Dauer gerät so die gesamte Branche in ein schlechtes Licht. Nachwuchs wirbt man auf diese Weise sicher nicht“, sagte Schäfers.

Die IG BAU fordert für die rund 785 000 Beschäftigten am Bau ein Lohnplus von 5,0 Prozent. Darüber hinaus fordert sie für weit entfernte Baustellen, dass der Arbeitgeber die dortigen Unterkünfte stellt und bezahlt. Der 24. und der 31. Dezember sollen künftig auch für die gewerblichen Arbeitnehmer bei vollen Bezügen arbeitsfrei werden. Für Angestellte in der Bauwirtschaft gilt bereits seit Jahren eine entsprechende Regelung. Auszubildende sollen 100 Euro pro Monat und Ausbildungsjahr mehr erhalten und ihre Fahrt- sowie Übernachtungskosten im Rahmen der Berufsschulausbildung sollen vom Betrieb übernommen werden. Um den Wettbewerb fairer zu gestalten, fordert die IG BAU für den Osten die Wiedereinführung des Mindestlohn II.

Die nächste Verhandlung findet am 17. Mai 2016 im Rhein-Main-Gebiet statt.